

The Change in Energy Policy: At Once Risk and Opportunity

The export oriented German economy has to hold its ground in the contested international markets. Especially the high energy prices are hereby deemed to be a competitive disadvantage. Is the production location Germany threatened by the nuclear phase-out?

Die Energiewende: Risiko und Chance zugleich

Corinna Blümel, Köln

Die exportorientierte deutsche Wirtschaft muss sich auf den umkämpften internationalen Märkten behaupten. Gerade die hohen Energiepreise gelten dabei als Wettbewerbsnachteil. Wird der Produktionsstandort Deutschland durch den Atomausstieg gefährdet?

Am 30. Juni 2011 verabschiedete der Bundestag ein ganzes Gesetzespaket zum Atomausstieg und zur Energiewende. Wenn 2022 die letzten Kernkraftwerke vom Netz gehen, sollen erneuerbare Energien mindestens 35 Prozent zur Stromerzeugung beitragen gegenüber einem heutigen Anteil von 16,5 Prozent, bis 2050 sollen es mindestens 80 Prozent sein.

Der Beschluss knapp vier Monate nach der Reaktorkatastrophe in Japan bedeutet eine gewaltige Herausforderung für den Industriestandort Deutschland. Wirtschaftsverbände wie der Bundesverband der Deutschen Industrie e. V., BDI, und der Wirtschaftsverband Stahl- und Metallverarbeitung e. V., WSM, haben betont, dass sie die gesellschaftlich gewollte Energiewende grundsätzlich mittragen. Ihre Sorge gilt aber stromintensiven Branchen wie der Metallindustrie und -verarbeitung und dabei neben der Versorgungssicherheit vor allem den Energiekosten.

Es ist kein Vorurteil, dass Industriestrom in Deutschland eher teuer ist, wie eine Studie des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie zeigte. Danach zahlen zwar auch britische



Bild 1: Steigende Strompreise sind nur eine Seite der Energiewende: Unternehmen der Metallverarbeitung profitieren auch vom Ausbau der Erneuerbaren Energien, etwa bei der Windkraft.

Bild: Bundesverband WindEnergie e. V. (BWE)

Unternehmen sowie teilweise tschechische und spanische relativ viel, aber in den anderen Vergleichsländern – Frankreich, Schweden und Polen – liegen die Preise niedriger.

Der wesentliche Preisfaktor für Strom sind hierzulande nicht die Großhandelspreise, die sich im europäischen Mittelfeld bewegen, sondern die Steuern und Abgaben. Sie haben seit 1998 deutlich zugelegt, etwa durch die Stromsteuer und die Abgaben für erneuerbare Energien und Kraft-Wärme-Kopplung. Allerdings betreffen diese Erhöhungen die privaten Haushalte erheblich stärker als die Industrieunternehmen, für die zur Sicherung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit zahlreiche Sonderregelungen gelten. Vor allem die energieintensiven Branchen werden damit entlastet.

Die Zahl der privilegierten Unternehmen könne sich „durchaus verdreifachen“, teilt das Bundesumweltministerium mit, räumt aber zugleich ein, dass exakte Prognosen noch schwierig seien. Ebenso schwierig – und meist von politischen Überlegungen beeinflusst – sind auch die Vorhersagen, wie stark der Strompreis auf längere Sicht steigen wird und welche Rolle das im internationalen Wettbewerb spielt. Ob Unternehmen ins Ausland abwandern beziehungsweise sich auf wachsende Konkurrenz durch Importe einstellen müssen, dürfte je nach Branche verschieden sein.

Es gibt jedoch auch Faktoren, die die hohen Energiekosten für den Produktionsstandort Deutschland ausgleichen. Das zeigt nicht nur der gute Konjunkturverlauf der vergangenen

struktur investieren. Das haben gerade die energieintensiven Unternehmen in den vergangenen Jahren vernachlässigt, wie das Institut der deutschen Wirtschaft in Köln (IW) herausgefunden hat: Sie haben zwischen 2000 und 2007 im Schnitt weniger investiert, als zum Erhalt ihres Kapitalstocks notwendig gewesen wäre. Erst für 2008 lag diese Zahl wieder im positiven Bereich.

Dabei können die Energiekosten auch Innovationstreiber sein: Gerade in der Energieeffizienz liegt ein Schlüssel, um den steigenden Strompreisen entgegenzuwirken. Deshalb plant die Bundesregierung, bis 2020 mit einer Einheit Energie mindestens doppelt so viel zu produzieren wie im Jahr 1990. So soll sich der absolute Primärenergieverbrauch in den kommenden neun Jahren um ein Fünftel verringern.

Ursprünglich war die Steigerung der Energieeffizienz vor allem ein klimapolitisches Ziel. Aber sie wird zunehmend zur unternehmerischen Notwendigkeit – nicht nur wegen des Atomausstiegs. Experten gehen davon aus, dass die Primärenergiepreise auf den Weltmärkten langfristig eher steigen als sinken, weil die Weltenergienachfrage zunimmt und die Erschließung und Förderung versteckter Öl- und Gasvorräte immer teurer wird. Vorhersehbar ist ebenso, dass die CO₂-Zertifikate teurer werden, die die Unternehmen als „Verschmutzungsrechte“ erwerben müssen.

Deshalb könnte sich die entschlossene Energiewende auf längere Sicht durchaus als Wettbewerbsvorteil erweisen. Bisher führt Deutschland rund 71 Prozent seiner Energierohstoffe ein – zum Teil aus politisch instabilen Regionen. Künftig werde die Energieerzeugung „heimischer“, wie Bundesumweltminister Norbert Röttgen in der Parlamentsdebatte zum Atomausstieg Ende Juni betonte: Der Ausbau erneuerbarer Energien werde die Risikofaktoren der wirtschaftlichen, politischen und geopolitischen Abhängigkeiten reduzieren und zugleich die heimische Wertschöpfung fördern.

Zeitlich viel näher liegen andere Vorteile des Ausbaus erneuerbarer Energien. Experten erwarten einen Innovationsschub in diesem Bereich und damit auch Aufträge. Die Metallindustrie und -verarbeitung könnte dabei nicht nur von Investitionen in neue, noch effizientere Kraftwerkstechnik und dem Ausbau der Stromnetze profitieren. Wenn es zum Beispiel um das robuste Innenleben der immer größeren Windenergieanlagen geht, spielen die Unternehmen der Massivumformung eine herausragende Rolle.



Corinna Blümel
Bild: Fotostudio
Balsreith – Köln



Bild 2: Produktion einer Planetenwelle für Off-Shore-Windanlagen: Unternehmen der Metallverarbeitung fürchten steigende Stromkosten, profitieren aber auch vom Ausbau der Erneuerbaren Energien. Bild: Karl Diederichs KG

Auch das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) enthält eine „Besondere Ausgleichsregelung“ für Vielverbraucher. Sie reduziert die EEG-Umlage für Unternehmen, die mehr als 10 Gigawattstunden (GWh) Strom abnehmen und deren Stromkosten einen Anteil von mehr als 15 Prozent an der Bruttowertschöpfung ausmachen.

Getragen werden diese Kosten von den nichtprivilegierten Stromkunden. Besonders ärgerlich ist das für stromintensive Mittelständler, die unter den erforderlichen Abnahmemengen bleiben. Deshalb hatten Verbände wie der WSM gefordert, den Kreis der Begünstigten auszuweiten, wie es nun mit der EEG-Novelle zum 1. Januar 2012 geschehen soll. Dabei sinken die Schwellenwerte auf 1 GWh Mindestabnahme und 14 Prozent Stromkostenanteil an der Bruttowertschöpfung. Profitieren sollen davon gerade energieintensive mittelgroße Betriebe.

Monate, das belegt auch der „Global Competitiveness Report“. Darin vergleicht das World Economic Forum jährlich die entscheidenden Wettbewerbsfaktoren von rund 139 Volkswirtschaften, die für nahezu 100 Prozent der weltweiten Produktion stehen. Im vergangenen Jahr schnitt Deutschland trotz der vergleichsweise hohen Energiekosten und anderer Hemmnisse gut ab und landet weltweit auf Platz 5. Punkten konnte die deutsche Wirtschaft unter anderem mit der Infrastruktur, den gut ausgebildeten Arbeitnehmern und mit Qualität. „Made in Germany“ steht eben nicht vorrangig für niedrige Preise, sondern für technisch hochwertige Produkte und für Innovationsfähigkeit.

Allerdings laufen manche Branchen Gefahr, gerade bei diesen Faktoren ins Hintertreffen zu geraten: Denn wer im internationalen Wettbewerb steht, muss in Maschinen und Infra-